

Von Förderschulen zum GU

VON MARTINA WINDRATH, 23.04.08, 21:35h, AKTUALISIERT 23.04.08, 21:39h

„Schafft Köln die Wende zur Integration behinderter Kinder in die Regelschulen?“ Diese Frage wurde vorgestern auf Einladung der Initiative „mittendrin“ mit den schulpolitischen Sprecherinnen der Ratsfraktionen und vielen Zuhörern engagiert diskutiert. Eltern behinderter Kinder schilderten Probleme, ihren Wunsch nach einem Platz in einer Regelschule mangels Angeboten für gemeinsamen Unterricht (GU) erfüllen zu können. Lob für professionelle Arbeit an Förderschulen wie GU-Schulen gab es ebenso wie Kritik am „selektiven Schulsystem“ und mangelnder GU-Ausstattung durchs Land.

Die Initiative für „Eine Schule für alle“ formulierte ehrgeizige Ziele im voll besetzten Saal des DGB-Hauses am Hans-Böckler-Platz. Sie setzt sich für eine weitere Aufstockung bis 2012 auf 50 Prozent GU-Plätze und bis 2015 auf bis zu 100 Prozent ein - und damit für einen Systemwechsel von Förderschulen zum gemeinsamen Unterricht in Regelschulen. Verzichtet werden sollte auf den Ausbau von Förderschulen. Hintergrund: Der Rat hat im August 2007 mit SPD, Grünen und Linken beschlossen, die Zahl des GU-Anteils bis 2010 auf 1400 Plätze zu verdoppeln. Die Verwaltung ist mit der Planung befasst. Die CDU stimmte nicht für die Vorlage, die FDP forderte erst eine Bedarfsanalyse. Mit der Verdoppelung wird sich die GU-Quote in Köln auf 20 Prozent der Bedarfspätze erhöhen.

In der Debatte bekannten sich alle Kommunalpolitikerinnen zum Anliegen der schulischen Integration. Umstritten war der Weg dahin - und die Frage, ob dies für alle behinderten Kinder gelten sollte. Ulrike Heuer (SPD), Sabine Ulke (Grüne) und Özlen Demirel (Linke) plädierten für den Ausbau eines integrativen Schulsystems und Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts in Köln. Sie wiesen darauf hin, dass grundsätzlich das Land NRW die nötige Unterstützung leisten muss. Gisela Manderla (CDU) und Yvonne Gebauer (FDP) unterstrichen, dass Integration in Regelschulen je nach Kind und individuellen Möglichkeiten entschieden werden sollte. Tina Sander von „mittendrin“ setzte sich für das unteilbare Menschenrecht auf Integration und Recht auf Schulwahl der Eltern ein.

„Vielleicht braucht man länger, aber man kann sich weiterentwickeln und qualifizieren. Das weiß ich. Dafür muss man aber die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und eine positive Einstellung schaffen“, appellierte eine mehrfach behinderte Pädagogin für Schulen für alle. Applaus.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1207494030405>

 SCHLIESSEN

Alle Rechte vorbehalten. © 2008 **Kölnische Rundschau**